



editorial

Partnerschaftsgipfel

Der Weltgipfel über die Informationsgesellschaft (WSIS), dessen erste Phase im Dezember in Genf stattfinden wird, ist für Afrika und sämtliche Entwicklungsländer ein wichtiges Ereignis.

Er schliesst an die von Entscheidungsträgern aus aller Welt verabschiedete Millenniumserklärung an, in der diese sich zur Erreichung spezifischer Ziele für die Verbesserung der Lebensumstände ihrer Bürger verpflichtet haben.

Für Afrika kommt der Gipfel kurze Zeit nachdem die afrikanischen Führungskräfte beschlossen haben, die persönliche und kollektive Verantwortung für die Entwicklung des Kontinents zu übernehmen und die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) ins Leben zu rufen.

Die Hauptziele der NEPAD sind, die Armut zu beseitigen, die afrikanischen Länder auf einen Pfad der Nachhaltigkeit bei Wachstum und Entwicklung zu führen, die Ausgrenzung Afrikas aus dem Globalisierungsprozess zu stoppen, die Integration des Kontinents in die Weltwirtschaft zu fördern und die Position der Frau zu stärken.

Die bedeutende Rolle, welche die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) bei der Entwicklung spielen können, wird heute allgemein anerkannt. Folgerichtig hat die NEPAD den E-Africa-Ausschuss als IKT-Task-Team mit der Verantwortung für die Entwicklung und Beaufsichtigung der IKT-Programme der NEPAD eingesetzt. Dieser Ausschuss ist auch mit dem Aufbau der Partnerschaft für die Informationsgesellschaft zur Förderung der Entwicklung Afrikas (Information Society Partnership for Africa's Development ISPAD) betraut.

Der WSIS bietet eine einzigartige Gelegenheit für ein globales Engagement, um Millionen von Afrikanern und anderen Menschen, die immer stärker von der übrigen Welt abgekoppelt werden, den Zugang zu den IKT zu erleichtern.

Die NEPAD sieht im WSIS nicht nur einen Entwicklungs-, sondern auch einen Partnerschaftsgipfel. Wir sind nämlich überzeugt, dass unser Programm für die Entwicklung Afrikas durch eine echte und auf gegenseitigen Respekt gestützte Partnerschaft mit Vorteilen für alle nicht misslingen kann. Deshalb arbeitet der E-Africa-Ausschuss mit dem Afrikanischen WSIS-Vorbereitungsausschuss und dessen Büro in Bamako an der Vorbereitung dieser wichtigen Veranstaltung zusammen.

Prof. Wiseman NKUHLU

Vorsitzender des NEPAD-Lenkungsausschusses

**Bureau du Délégué du Conseil fédéral suisse pour
le Sommet mondial sur la Société de l'information**

Rue de Varembe 9 - 11 Case postale 125

1211 Genève 20 Suisse

Tel: +41 (0) 22 748 27 70

Fax: +41 (0) 22 748 27 89

E-mail: bulletin@wsisgeneva2003.org

www.wsisgeneva2003.org

Mark Malloch Brown und der WSIS «Eine Reihe historischer Chancen»



Das UNDP leistet Pionierarbeit bei der Revolution der Kommunikation in den Entwicklungsländern. UNDP-Verwalter Mark Malloch Brown erläutert in einem Interview seine Sichtweise des Weltgipfels über die

Was steht beim Weltgipfel über die Informationsgesellschaft eigentlich auf dem Spiel?

«Der Gipfel bietet viele historische Chancen. Er kann darlegen, wie Wirtschaft und Medien die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) für die Entwicklung rentabel nutzen können. Er kann den Regierungen und der Zivilgesellschaft der Entwicklungsländer helfen, sich stärker am laufenden weltweiten Dialog zum Thema «Regierungsführung und IKT» zu beteiligen, der sich direkt auf ihre Stellung in der Weltwirtschaft auswirkt. Dabei geht es u.a. um Domain-Namen, Schutz der Privatsphäre, Sicherheit, geistiges Eigentum sowie Gesetze und Normen im elektronischen Handel. Ausserdem kann der Gipfel der Weltöffentlichkeit zeigen, wie die IKT die von den Führungskräften aus aller Welt am Millenniumgipfel im Jahr 2000 festgelegte Strategie zur Verringerung der Armut fördern oder behindern können. Diese in den acht Millenniumsentwicklungszielen verankerte und von der Halbierung der Armut bis 2015 bis zur Bekämpfung von HIV/AIDS reichenden Strategie kann durch die Ausbreitung dieser neuen Technologien, die möglicherweise unbeabsichtigte negative sowie sehr positive Auswirkungen haben, entweder sabotiert oder unterstützt werden. In unserer Arbeit im UNO-Entwicklungsprogramm (UNDP) sehen wir aus nächster Nähe, wie die Technologien vielen traditionellen wirtschaftlichen Mechanismen ihre Nachhaltigkeit nehmen. Wenn arme Länder oder Menschen keinen Zugang zu den neuen Technologien erhalten, die bei den reicheren grosse Verbreitung finden, werden bestehende Ungleichheiten weiter verschärft. Für die

Menschen, die auf der falschen Seite des «digitalen Grabens» stehen, sinken die Chancen, in ihrer eigenen Gesellschaft oder in der Weltwirtschaft mitzuwirken. Andererseits können die neuen IKT natürlich auch eine entscheidende Kraft für die Schaffung von Einkommensmöglichkeiten und Arbeitsplätzen, einen besseren Zugang zum Gesundheits- und Bildungswesen, einen erleichterten Informationsaustausch sowie mehr Transparenz und Verantwortlichkeit der Regierungen darstellen. Am WSIS können wir zahlreiche Möglichkeiten aufzeigen, um die IKT zur Unterstützung der Armen zu nutzen und neue Brücken über den digitalen Graben zu schlagen.»

Die neuen IKT werden oft als wundersame Mittel zur Förderung der Entwicklung gepriesen. Unter welchen Bedingungen stimmt dies wirklich?

«IKT, die den Armen nützen, müssen erschwinglich und zugänglich sein. Dies hängt nicht nur von der Infrastruktur und der Verfügbarkeit von Internet- oder Telefonanschlüssen ab, sondern auch von den Kompetenzen der Menschen vor Ort, vom dargebotenen Inhalt (z.B. in den Lokalsprachen) sowie den rechtlichen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, welche die Nutzung einer bestimmten Technologie durch Wirtschaft, Verbraucher und Bürger allgemein fördern. Die Entwicklungsländer weisen oft einen Vorteil auf: Da es ihnen an bereits bestehenden und festgefahrenen Technologien mangelt, können sich neue, kosteneffiziente Technologien möglicherweise leichter durchsetzen. So ist z.B. der Breitbandzugang in einigen Stadtvierteln von Dacca günstiger als in Genf oder Manhattan. Die Mobiltelefonie wächst in den Entwicklungsländern rasant: Mehr als die

Hälfte aller Telefone in Afrika sind heute Mobiltelefone. Innovationen sind auch auf unterster Ebene und in ländlichen Gebieten möglich. Ein Beispiel dafür ist das im Rahmen von Armutsbekämpfungsmassnahmen entstandene Telefonnetz des Dorfes Grameen in Bangladesch.

Damit die IKT wirklich die Entwicklung fördern, müssen die Entscheidungsträger ihr Potenzial als treibende Kraft in Wirtschaft und Gesellschaft anerkennen. Zu viele Verantwortliche unterschätzen die Vorteile der IKT, weil sie sich hauptsächlich auf die billige Erbringung von IT-Dienstleistungen oder Software für den Export wie in den alten Ausführungsverarbeitungszonen konzentrieren. Die IKT können aber in weit vielfältigeren Bereichen Positives bewirken. Die innovative Nutzung der IKT kann ein Schulsystem verändern, die vertikale Mobilität der Studenten verbessern, das Lernen fördern und die Eltern ermutigen, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Im Gesundheitswesen können die IKT zu grossen Fortschritten beim Informationsaustausch, bei Bewusstseinsbildungskampagnen und im Logistikmanagement führen. Sie können auch helfen, die Transparenz und Verantwortlichkeit staatlicher und privater Einrichtungen zu verbessern und für mehr Beteiligung und Demokratie in den Entscheidungsfindungsprozessen zu sorgen. Eine kürzlich durchgeführte und von der OECD unterstützte Studie zeigte, dass nur wenige Länder die IKT in ihre Armutsbekämpfungsstrategien eingebaut haben. Dort, wo dies der Fall ist, geschah das oft im Zusammenhang mit Reformen im Infrastruktur- oder Telekommunikationsbereich. Nur wenige konzentrieren sich bei ihrer Strategie auf den Einsatz der IKT zur Förderung des öffentlichen Gesundheits- und Bildungswesens. Das UNDP führt eine Reihe von Länderstudien in Asien und Afrika durch, um auf Fälle hinzuweisen, in denen die IKT erfolgreich für die Millenniumsentwicklungsziele eingesetzt wurden, und um zu unterstreichen, wie viel Arbeit noch vor uns liegt. Ich habe überhaupt keine Zweifel an der Rolle der IKT, weiss aber auch, dass wir bei den Entscheidungsträgern und Staatschefs noch viel mehr Überzeugungsarbeit leisten müssen, damit diese die IKT nicht als Entweder-Oder-Frage im Wettstreit um Entwicklungsgelder, sondern als Mittel zur Verfolgung ihrer eigenen Entwicklungsprioritäten sehen.»

Panarabische Ministerkonferenz

BAKOM-Direktor in Kairo



Vlnr: Mr Marc Furrer, Direktor des BAKOM, Amr Moussa, Secretary General der Arabischen Liga sowie Ahmed Nazif, ägyptischer Kommunikationsminister

BAKOM-Direktor Marc Furrer wurde zur Teilnahme an der unter der Schirmherrschaft der Liga Arabischer Staaten durchgeführten panarabischen WSIS-Vorbereitungskonferenz vom 16.-18. Juni in Kairo eingeladen. Die ITU war durch ihren Generalsekretär Yoshio Utsumi, das WSIS-Generalsekretariat durch seinen Direktor Pierre Gagné und der Vorbereitungsausschuss des Gipfels durch seinen Vorsitzenden Adama Samassékou vertreten. Der Abgesandte der DEZA, Gerolf Weigel, stellte zusammen mit Marc Furrer und Pierre Gagné die Veranstaltungen vor, die im Dezember im Genfer Palexpo auf dem Programm des WSIS stehen.

Alle mit der Vorbereitung der ersten Phase des Gipfels beschäftigten Persönlichkeiten begrüsst die Rolle Ägyptens als treibende Kraft für eine wirksame Teilnahme der Entwicklungsländer und zeigten sich erfreut darüber, dass Präsident Hosni Mubarak die an ihn gerichtete Einladung angenommen hat.

«Der Gipfel leistet Pionierarbeit»

Anlässlich der Eröffnung der Ministerkonferenz in Kairo hielt der Schweizer Vertreter Marc Furrer eine Ansprache, die nachfolgend auszugsweise wiedergegeben wird.

«Zum ersten Mal sind die Herausforderungen der Informationsgesellschaft Thema eines Weltgipfels. Genf 2003 wird nur den Startschuss zu einer weltweiten Diskussion über die verschiedenen Aspekte der Informationsgesellschaft geben. Alle Länder müssen den universellen Zugang zu den Informationstechnologien für ihre gesamte Bevölkerung erleichtern. Deshalb sollten alle nationalen Telekommunikationsmärkte für den Wettbewerb geöffnet werden, jedoch mit der Verpflichtung, dass alle Landesteile, also auch die nicht rentablen und ländlichen Gebiete, mit Telekommunikationsdienstleistungen versorgt werden. Diese

Dienstleistungen können beispielsweise durch einen von den Betreibern zu speisenden Fonds finanziert werden. Der Umfang dieser Dienstleistungen ist natürlich auf nationaler Ebene in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft festzulegen. In den weniger entwickelten Ländern sollte die Finanzierung dieser Dienstleistungen durch internationale Fonds gestützt werden.

Ein gutes Beispiel einer Strategie für eine nationale Grundversorgung ist das ägyptische Fernmeldegesetz. Es hat Vorbildcharakter und sollte allgemeine Verbreitung finden. Zusammengefasst: Telekommunikations-

märkte öffnen: ja, aber nicht ohne die Garantie einer Grundversorgung!

Neben technischen und wirtschaftlichen Aspekten wird sich der Gipfel auch mit den Informationsinhalten befassen. Die kulturelle Vielfalt sowie lokale Inhalte und Medien werden dabei die Hauptthemen sein. Der Inhalt der Informationsgesellschaft muss in den verschiedenen Gesellschaften und Kulturen, nicht in einer globalisierten Kultur mit einheitlichen Botschaften entstehen und ausgedrückt werden. Vielfältige Informationsquellen, unabhängige Medien und Informationsfreiheit sind für die Entwicklung jeder Gesellschaft unerlässlich und können bei der friedlichen und einvernehmlichen Konfliktlösung helfen. Diesbezüglich sei auf die Bedeutung unabhängiger arabischer Medien hingewiesen, die auf der ganzen Welt gehört werden können. Die Sprache ist natürlich Teil des kulturellen Aspekts und deshalb ist ein Internetzugang zu Inhalten in arabischer Sprache sehr wichtig.

Ein anderes wichtiges Thema ist die Sicherheit. Einerseits geht es hierbei um die Netzwerksicherheit, weil unsere Gesellschaft durch die Vielzahl an Datenbanken sehr anfällig geworden ist. Andererseits ist damit die Sicherheit gemeint, die garantieren soll, dass die Würde und Privatsphäre der Menschen, die diese Netze benutzen, respektiert wird.

E-Governance und Transparenz werden ein weiteres Thema sein. Mithilfe neuer Technologien können die Regierungen die lokale Wirtschaft und die Bürger, einschliesslich der schwachen und benachteiligten, besser mit Dienstleistungen versorgen. Die IKT müssen eine bessere Verbindung zwischen Bürgern und Behörden schaffen.

Der Gipfel leistet nicht nur in Bezug auf die Inhalte, sondern auch hinsichtlich seiner Zusammensetzung Pionierarbeit. Neben den Reden von Staatschefs, Rundtischgesprächen und der Verabschiedung einer politischen Erklärung sowie eines Aktionsplans wird ein "Ideenforum" abgehalten, also eine intensive Debatte mit Vertretern von Regierungen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Dieser Dialog ist entscheidend, weil die Regierungen die Probleme nicht allein lösen können. Sie brauchen die Unterstützung und Ideen der Zivilgesellschaft sowie das Wissen und die finanziellen Mittel des Privatsektors. Rund um den Gipfel werden Dutzende von Informationsständen und Veran-

staltungen Lösungen und vorbildliche Praktiken in diesem Bereich aufzeigen.

Die Tatsache, dass der Gipfel in zwei Phasen, zuerst im Dezember in der Schweiz und dann 2005 in Tunesien, stattfindet, drückt den Wunsch aus, nicht einen einmaligen Anlass durchzuführen, sondern einen Prozess in Gang zu bringen, der in einem europäischen Industrieland beginnt und in einem islamischen Land des Südens fortgesetzt wird.

Dieser Gipfel braucht neue Ideen und erfordert viel Vorbereitungsarbeit. Ein positiver Anfang ist gemacht, aber wir brauchen die Mitarbeit aller Staaten und Regierungen. Deshalb möchte ich die arabischen Länder ermutigen, sich aktiv an der Vorbereitung dieses Gipfels zu beteiligen und im Dezember in Genf auf höchster politischer Ebene vertreten zu sein. Wie im Rahmen dieser Regionalkonferenz können Ägypten und Tunesien als treibende Kraft bei der Koordination und Zusammenarbeit der arabischen Länder für den WSIS wirken. Bitte fordern Sie Ihre Freunde und Kollegen sowie Staatschefs auf, sich aktiv in den Vorbereitungsprozess des Gipfels einzubringen.

Die Schweiz möchte die arabische Region ausserdem einladen, sich auch an den Nebenveranstaltungen des Gipfels zu engagieren, wo konkrete Lösungen und vorbildliche Praktiken vorgeschlagen und diskutiert werden. Ihre Anwesenheit wird dem Gipfel eine besondere Ausstrahlung verleihen. Sie wird es aber auch erlauben, die Diskussion um Ihre wertvolle Erfahrung zu bereichern sowie Gedanken und Ideen über eine Entwicklung auszutauschen, die das Leben aller unserer Völker beeinflussen wird.

Ich möchte Ihnen herzlich danken für Ihre Unterstützung und Ihr Engagement, um diesen UNO-Gipfel zum Erfolg zu führen. Sie werden einen entscheidenden Beitrag zum Inhalt und damit zum Gelingen leisten.

Nach all den politischen Spannungen der Vergangenheit wird der Gipfel auch eine einzigartige Gelegenheit für Frieden und Verständigung bieten. Dieser Gipfel ist mehr als nur ein Dialog über die Informationsgesellschaft. Er stellt einen äusserst willkommenen und notwendigen Kontakt zwischen Nord und Süd, zwischen der arabischen Welt und anderen Kulturen auf weltweiter Ebene dar. Die Tatsache, dass der Gipfel in Genf und Tunis stattfindet, ist äusserst symbolträchtig.»

WSIS-Entwürfe

Wichtige Beschäftigungsfragen



Philip J. Jennings

Die internationalen Gewerkschaften sind besorgt darüber, dass die Planer des im Dezember in Genf stattfindenden Weltgipfels über die Informationsgesellschaft wichtige Beschäftigungsfragen ausser acht gelassen haben. In dem nach zweiwöchigen Vorbereitungsarbeiten im Februar in Genf (PrepCom-2) ausgearbeiteten Entwurf für eine Erklärung und einen Aktionsplan fehlt jegliche Anerkennung der bedeutenden Rolle des IKT-Sektors als Arbeitgeber.

Für die internationalen Gewerkschaften – einschliesslich UNI – hat es sich als schwierig erwiesen, ihre Argumente zu den Themen menschenwürdige Arbeit, Arbeitsschutz und Gleichstellung in die WSIS-Entwürfe einfließen zu lassen.

Dieser Prozess wurde durch die Entscheidung der Regierungsvertreter, die Zivilgesellschaft und die NGO-Gruppe unter klarer Verletzung des Grundsatzes der Dreigliedrigkeit aus dem Entscheidungsfindungsprozess aus-zuschliessen, nicht gerade gefördert.

Alein die Grösse und Vielfalt des im Rahmen einer dreigliedrigen Beteiligungsstruktur eingerichteten Büros für die Zivilgesellschaft und die Nichtregierungsorganisationen machten es den internationalen Gewerkschaften schwer, sich Gehör zu verschaffen. Es bleibt jedoch

Medien und WSIS

Vollumfängliche Beteiligung

die Tatsache, dass man keinen weltweiten Plan für die Entwicklung der Informationsgesellschaft entwerfen kann, ohne die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen zu berücksichtigen, deren Leben vom Wachstum der IKT beeinflusst wird.

Die internationalen Gewerkschaften haben einen Zwölfpunkteplan für die Behandlung am Gipfel vorgelegt.

Zwei dieser Punkte sind:

- Arbeitsschutz sowie sichere und gerechte Arbeitsbedingungen und
- Anerkennung und Anwendung der grundlegenden Rechte der Arbeitnehmer und Kernarbeitsnormen. (Die Kernarbeitsnormen der IAO gewähren den Arbeitnehmern das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren (Vereinigungsfreiheit) und geben den Gewerkschaften die Möglichkeit, Kollektivverhandlungen zu führen und Diskriminierung zu ächten.)

UNI setzt sich auch dafür ein, dass Online-Arbeitnehmer Online-Rechte für den Zugang zu ihren Gewerkschaften und Betriebsräten erhalten.

Es geht aber noch um mehr:

Wir wollen einen besseren Dialog zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierungen, um auf wirtschaftliche Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Aufbau der Informationsgesellschaft reagieren zu können. Ausserdem wollen wir eine gesellschaftliche Partnerschaft bilden, um die IKT als wirksame Entwicklungsinstrumente zu mobilisieren. Zu den anderen, von den internationalen Gewerkschaften verfolgten Programmpunkten gehören:

- Bekämpfung des sozialen und digitalen Grabens durch bessere Erstausbildung, Computerkenntnisse und lebenslanges Lernen,
- sicherstellen, dass die IKT die Demokratie und die öffentlichen Dienstleistungen nicht untergraben, sondern stärken und
- Förderung von Pluralismus und kultureller Vielfalt.

Es bleibt noch Zeit, um diese Themen in die endgültige Erklärung und den Aktionsplan einzubauen, und die internationalen Gewerkschaften bereiten sich schon auf die dritte WSIS-PrepCom-Konferenz im September vor.

Philip J. Jennings

Generalsekretär von *Union Network International*

(UNI hat ihren Sitz in Nyon in der Schweiz. Sie ist der weltweite Gewerkschaftsdachverband für Fachberufe und Dienstleistungen mit 15 Millionen Mitgliedern aus aller Welt, von denen drei Millionen im Telekommunikations- und IT-Bereich tätig sind.)



Die internationalen Medienverbände sind sehr besorgt über das, was der Generalsekretär des Internationalen Journalistenverbandes (International Federation of Journalists) kürzlich als «mangelnde Anerkennung der Rolle der Medien und der Informationsprofis in der Informationsgesellschaft» bezeichnete. Zum ersten Mal an einem Weltgipfel werden die Medien nicht nur als externe Beobachter anwesend sein, um über das dort Gesagte und Beschlossene zu berichten und Kommentare abzugeben. Die Medien, die einen bedeutenden Teil der im Cyberspace zirkulierenden Informationen produzieren und verbreiten, sind auch das Rückgrat der entstehenden Informationsgesellschaft. Daher fordern sie die Anerkennung als bedeutender Partner im Vorbereitungsprozess des WSIS.

Die Berufsverbände der Medienschaffenden vermuten, dass gewisse staatliche Vertreter versuchen, sich einer offenen Debatte über die sehr heikle Frage der Meinungsausserungsfreiheit im Cyberspace zu entziehen, weil eine solche Diskussion zwangsläufig auf eine öffentliche Konfrontation zwischen den Medien und den Regierungen hinauslaufen würde, die das Internet kontrollieren. Es ist jedoch zu erwarten, dass selbst im Fall einer solchen Debatte die Unterschiede nicht mit dem Graben übereinstimmen, der üblicherweise die demokratischen Gesellschaften von den autoritären oder totalitären Regimes trennt. Der Kampf gegen Cyberkriminalität, Terrorismus oder Pädophilie im Internet zählt für viele Mitglieder der Staatengemeinschaft zu den prioritären Anliegen der aktuellen Zeit. Im Zeichen dieses Kampfes schrecken heute auch mehrere, für ihr Bekenntnis zu den demokratischen Werten bekannte Länder nicht davor zurück, so genannte «Schutz- und Sicherheitsmassnahmen» für das Internet zu fordern, die in den Medien und der Zivilgesellschaft von vielen als Angriff auf die Freiheit gewertet werden (siehe Bericht von *Freedom House*, New York, über die Pressefreiheit im Jahr 2002).

Die Haltung der internationalen Medienverbände zum Thema Meinungsausserungsfreiheit im Cyberspace könnte nicht kla-

rer sein: «Die im Cyberspace und über die internationalen audiovisuellen Satelliten tätigen Informationsmedien müssen die selben Rechte auf freie Meinungsäusserung geniessen wie die traditionellen Informationsmedien. Jegliche vom Weltgipfel über die Informationsgesellschaft verabschiedeten Texte müssen dies unterstreichen. Eine freie Presse bedeutet ein freies Volk. Die Pressefreiheit muss eine der Grundeigenschaften des Internet und jedes anderen neuen Kommunikationssystems sein.» Im Übrigen erinnern diese Organisationen daran, dass dieser Grundsatz in der *Erklärung von Sofia von 1997* verankert ist, welche die Mitgliedsstaaten der UNESCO anlässlich der 29. Tagung ihrer Allgemeinen Konferenz (Paris, November 1997) übernommen haben.

Es ist wohl zu erwarten, dass die Staaten das Grundrecht auf freie Meinungsäusserung gemäss Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bekräftigen werden. Die Frage ist vor allem, wie sie dies ausdrücken und welche Formulierung sie verwenden werden, um Einschränkungen einzuführen. Diesbezüglich werden die internationalen Medienverbände im Hinblick auf mögliche Missbräuche zweifellos wachsam bleiben.

Wie der Präsident der PrepCom, Adama Samassékou, am 26. Mai anlässlich des von der *Franophonie* in Bamako (Mali) organisierten Workshops erklärte: «Die Glaubwürdigkeit der entstehenden Informationsgesellschaft wird an der Glaubwürdigkeit der Medien gemessen. Unabhängig von der verwendeten Technologie ist heute wie in der Zukunft die Qualität des Inhalts entscheidend. Anders ausgedrückt sind dies die mit den Inhalten befassten Profis, d.h. all jene, die Informationen produzieren, verarbeiten, verbreiten oder aufbewahren. Die Medienschaffenden sind folglich unverzichtbare Akteure der Informationsgesellschaft. Meiner Ansicht nach ist ihre vollumfängliche Beteiligung an der Vorbereitung des Gipfels und am Gipfel selbst neben den Regierungen, dem Privatsektor, den zwischenstaatlichen Organisationen und den Akteuren der Zivilgesellschaft im Rahmen einer konstruktiven Partnerschaft eine absolute Bedingung für dessen erfolgreiche Durchführung.»

Alain Modoux

Ehemaliger Untergeneraldirektor der UNESCO für Kommunikation und Information